

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Orolonto Nr. 50 bei der Oberamtspostasse Neuenbürg zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ver. Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerb. 20 einchl. Inf.-Steuer. Reklametexte 40 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Oereten u. bei Auslieferung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigenernahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontrahentenfällen od. wenn gerichtl. Beireibung notw. wird, fällt jede Rachschlagsmögk. weg.

Druck, Verlag u. Hauptverteilung Theodor Gad. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 10

Februar 179

Donnerstag, den 14. Januar 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Warum Amerika nichts von Wilsons Völkerbund wissen will

Heute spricht man viel darüber in Amerika: erstens, weil Deutschland sich zum Eintritt in den Völkerbund anschickte; zweitens, weil Wilsons schärfster — aber wohlverstandener sachlich, niemals persönlich eingestellter — Gegner, Senator Lodge, kurz vor seinem Tod ein Werk über Wilson und den Völkerbund herausgegeben hatte, ein Buch, das in mancher Hinsicht höchstbedeutende Enthüllungen über den angeblichen Vater dieser Einrichtung, von der so viele Träumer alles Heil der Welt sich versprochen, macht.

Dabei erfahren wir, daß die Säugung, die schließlich zur Annahme kam, nicht dem Wilsonschen Vorschlag entnommen ist. Ihre eigentlichen Urheber waren seine ausländischen Freunde Smuts, Cecil und Phillimore. Wenigstens entstammen ihrer Feder die verhängnisvollsten Artikel der Säugung, jene Bestimmungen (s. B. Artikel 10 und 11), an denen die Amerikaner den größten Anstoß nehmen. Weiterhin erfahren wir, daß Wilson in dieser Sache genau so wie bei der Kriegserklärung unverantwortlich eigenmächtig vorgegangen ist. Nicht nur seine nächsten Mitarbeiter, wie Bryan, Lansing, Oberst House, sondern erst recht die republikanische Opposition im Parlament waren gegen seinen Plan. Obwohl er das wußte, ließ er es in eigenwilliger Weise auf eine Abstimmung im Kongress antommen. So die Wahlen 1920 verließen unter dem Stichwort „für oder gegen den Völkerbund“. Und das Ergebnis dabei war geradezu vernichtend für Wilson: Ueber sieben Millionen von neun Millionen stimmten gegen seine (demokratische) Partei und damit gegen den Versailler Vertrag und den Völkerbund, die er beide trotz des Widerstands vieler Politiker seiner Heimat, miteinander verquickelt hatte.

Hauptsächlich aber waren und sind es heute noch vier Bedenken, die man in Amerika dem Wilsonschen Nachwerk entgegensetzt: erstens war es der Artikel, der dem britischen Reich 6 Stimmen (Englands und seiner Dominions) gab, während die Vereinigten Staaten nur über 1 Stimme verfügten; zweitens: die Bestimmung, die das Ausscheiden aus dem Bund untersagte, wenn es nicht zuvor in zufriedenstellender Weise seinen Bundespflichten nachgekommen sei; drittens: die Artikel (10 und 11), welche jedes Mitglied verpflichteten, an Zwangsmassnahmen gegen Widerpenfliche teilzunehmen; viertens ging es den Amerikanern gegen den Strich, daß ein Staat sich in nationalen Streitfragen (s. B. in der Abrüstung oder Einwanderung) einem Schiedsgericht unterwerfen soll.

Am Versailler Vertrag selbst, den bekanntlich der Kongress auch nicht bekräftigt hatte — und dies trotz der Unterschriften seiner beiden Vertreter in Versailles und trotz des großen amerikanischen Staatsstiegers, den er trug — hatte man die Grenzen beanstandet, die hier den europäischen Staatsgebieten gezogen wurden. Man sagte sich jenseits des Meeres, daß diese wirtschaftlich und völklich auf die Dauer untragbaren Verhältnisse über kurz zum Krieg führen müssen. Und das wollte und will Amerika nicht haben: es will sich auch um seinen Preis mehr in europäische Verhältnisse mischen, getreu der Monroe-Doktrin, die Amerika den Amerikanern vorbehält und die deshalb grundsätzlich jeder Einmischung in europäische Verhältnisse peinlich enthalten will. Diese Monroe-Doktrin (der Name rührt von einem Präsidenten her) wurde von Wilsons Nachfolger unter Zustimmung des ganzen amerikanischen Volks mit aller Bestimmtheit wieder aufgenommen. Trotz aller gewaltigen Vorteile, die Amerika aus dem Weltkrieg zog, blieb der Kassenhammer über die Beteiligung am europäischen Krieg nicht aus. Und heute sagt sich der Amerikaner daß der Völkerbund, namentlich in seinem Artikel 10, unfähig zu Kriegen führen müsse. Daher diese Abneigung gegen den Völkerbund, der die republikanische Partei 1920 den glänzenden Sieg über die Wilsonsche demokratische Partei verdankte.

Doch zurück zu Wilson und zum Schluß zwei neueste amerikanische Urteile über den Völkerbund und über Wilson! Staatssekretär Lansing, Wilsons bekannter Mitarbeiter, schrieb nach seiner Gegenzeichnung der Unterschrift Wilsons unter den Friedensvertrag in sein geheimes Tagebuch: die Völkerbundsstatuten seien verfehlt und der ganze Gewaltfrieden sei mit Dynamit geladen. Und Lodge gibt folgendes Urteil über Wilson: „Er überragte in vieler Hinsicht. Er war ehrgeizig, hartnäckig, durchaus kein gewöhnlicher Mann... Kein anderer hätte ihn so tief stürzen können, wie er sich selbst durch seinen eigenen selbstsüchtigen Charakter zu Fall brachte. Wenn auch sein Sturz gewaltig war, so war es der Mann selbst noch lange nicht.“ W. H.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Januar.

146. Sitzung. Zur Verhandlung steht das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Spanien.

Laespiel

Der Vorkesentrat des Reichstags einigte sich, daß die Erklärung der neuen Regierung im Reichstag unmöglich am Mittwoch nächster Woche erfolgen soll. Am Samstag, Montag und Dienstag sollen daher wegen der Vorbereitungen die Voll-Sitzungen ausfallen.

Reuter bestätigt, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Albarnon zurücktreten werde, sobald sein Loco-Work vollendet und Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei.

Zum neuen englischen Botschafter in Berlin soll der bisherige Gesandte in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay auszuweisen sein. Doch habe er zuvor noch die Verhandlungen über Mostaf zu Ende zu führen.

Auf einem Bankett in NewYork sagte der Dawesagent Parker Gilbert, der Dawesplan habe zufriedenstellend gearbeitet. Deutschland habe eine feste Währung, der Reichshaushalt sei ausgeglichen und die erste Jahresleistung von einer Milliarde sei bezahlt. Ueber die endgültigen Leistungen lasse sich aber noch kein Urteil fällen.

Der litauische Gouverneur des Memelgebiets hat den litauischen Landrat des Kreises Hendekrug, Simonaitis, zum Vorsitzenden des Direktoriums ernannt und ihn mit der Neubildung desselben beauftragt. — Dies stellt sich als ein neuer Gewaltakt gegen das Memelland dar, dessen Landestag fast ganz aus Deutschen besteht.

Das französische Parlament ist wieder eröffnet worden. Die Kammer wählte Herriot wieder zum Präsidenten.

Die bulgarische Regierung bereitet eine Begnadigungsvorlage für alle politischen Vergehen seit 1923 vor.

Ishangtschin soll beabsichtigen, alle amtlichen Beziehungen der Mandchurie zu Peking abzubrechen, so daß die Mandchurei vollständig losgelöst würde. — General Wupeifu, der, von Feng im Stich gelassen, von Ishangtschin besieg worden war, tritt wieder mehr in den Vordergrund und es gilt als nicht unmöglich, daß er die Macht in Peking in die Hand bekommt.

Reichspräsident von Hindenburg wird die am 28. Febr. beginnende Leipziger Frühjahrsmesse besuchen.

Das deutsche Kriegsschiff „Hessen“ ist aus Riga wieder zurückgekehrt. Es hat sich für das Schiff als unmöglich erwiesen, durch das zwei Fuß dicke Eis zu den eingeschlossenen Dampfern vorzudringen.

Abg. von Graefe (Bölk.) verweist auf die leeren Regierungskassen und fragt, wer denn die Vorlage eigentlich vertrete. Sie sei kein Ruhmesblatt für die verlassene Regierung, die sich Blamage auf Blamage geholt habe. Es handle sich doch hier um keine Bagatelle, sondern um katastrophale Dinge, so daß sich die Regierung verteidigen müsse. Sie habe gegenüber Spanien kapituliert und die Interessen der deutschen Wirtschaft und Landwirtschaft preisgegeben.

Das Abkommen wird darauf den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit den Niederlanden.

Die 1. Lesung der Vorlage zum ReichsKnappschgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Janschke (Soz.) warnt vor einer Durchlöcherung dieses Gesetzes, gegen das die Unternehmer von vornherein einen erbitterten Kampf geführt hätten. Leider habe das Arbeitsministerium dabei versagt. — Ein Abgeordneter weist darauf hin, daß nach dem bisherigen Knappschgesetz die Altersrente mit dem 55. Lebensjahr beginne. Es gebe Fälle, wo eine Bergmannsmitwe mehr Hinterbliebenengeld bekomme, als der Mann bei Lebzeiten an Lohn verdiente. Das seien unhaltbare Dinge, die durch das neue Gesetz geregelt werden sollen.

Abg. Imbusch (Str.) betont die Notwendigkeit, im Bergbau Frieden durch Verbesserungen zu schaffen. Dringend notwendig sei die Wiedereinführung der Familienhilfe. Die Renten der Bergarbeiter seien nicht zu hoch, Gemeindefürsorge hätte überall mehr. Tatsächlich sei die Altersgrenze nicht zu hoch, sondern zu niedrig.

Neue Nachrichten

Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt

Berlin, 13. Jan. Wie gemeldet wird, hat Reichspräsident von Hindenburg den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt, nachdem die Abgeordneten Fehrenbach und Koch den Reichspräsidenten benachrichtigt hatten, daß die Große Koalition infolge der Ablehnung durch die Sozialdemokratie unmöglich geworden sei. Dr. Luther hat den Auftrag angenommen.

Der Reichspräsident erklärte, nachdem alle Versuche, ein Mehrheitsregiment zu bilden, gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen. Er ersuchte die beiden Abgeordneten, ihn angesichts der Notlage des Vaterlands hiebei tatkräftig zu unterstützen. Die Abgeordneten versicherten, ihre Parteien seien zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit.

Dr. Luther hatte bereits eine Besprechung mit den Führern der in Betracht kommenden Parteien. Die Fraktionen werden abends zusammentreten, um zur Regierunasbildung Stellung zu nehmen.

Die Große Koalition gescheitert

Berlin, 13. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte nach einer mehrstündigen Besprechung zur Frage der Regierungsbildung eine Erklärung, die von der großen Mehrheit der Fraktion angenommen worden sein soll. Die Fraktion habe in den bisher zwischen den Parteien geführten Verhandlungen ein Entgegenkommen gegen die sozialdemokratischen Forderungen nicht erblicken können. Insbesondere habe die Deutsche Volkspartei den Forderungen betr. die geschlechte Festlegung des allgemeinen Achtstundentags, die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um die Hälfte und die Fürstenabfindung die Zustimmung verweigert. An dieser Sachlage habe sich seit dem sozialdem. Beschluß vom 16. Dezember, an der Großen Koalition sich nicht zu beteiligen, nichts geändert. Es bestehe daher keine Grundlage für die Bildung der Großen Koalition.

Die „Germania“ macht die Sozialdemokratie für alle Folgen verantwortlich, die sich aus dem Nichtzustandekommen der Großen Koalition ergeben können. Das Zentrum werde aber nicht Begbereiter für eine Rechtsregierung sein.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, die Sozialdemokratie habe sehr wenig Verantwortungsbewußtsein gezeigt. Beschreite die neue Regierung den Weg der sachlichen Arbeit zur Wahrnehmung des Volkswohls, so liege für die Rechte kein Anlaß zu grundsätzlicher Opposition vor. Erste Aufgabe des Kabinetts sei der Beruch, die auf den Rägeln brennende Not einer verfallenden Wirtschaft zu beseitigen, wobei die Parteilichkeit zu schweigen habe. Zur Lösung dieser Aufgabe komme nur eine Regierung in Betracht, die von Parteiliffeln möglichst wenig beengt sei und gegebenen Falls den Willen und die Kraft habe, diktatorisch vorzugehen.

Nach der B. ist der ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit 87 gegen 33 Stimmen gefaßt worden.

Der Reichshaushaltplan für 1926

Berlin, 13. Jan. Dem Reichstag ist der Entwurf des Reichshaushaltplans für 1926 zugegangen. Die Gesamtausgaben stellen sich, wie bereits berichtet, auf 7419,6 Mill. Reichsmark, wovon auf den außerordentlichen Teil 301,1 Mill. Reichsmark entfallen. Die Einnahmen betragen 7419,6 Millionen, die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden konnten um rund 150 Millionen niedriger eingeschätzt werden. Im allgemeinen vermindern sich die Ausgaben gegen 1925 um etwa 350 Millionen, ein Betrag der sich aber auf 125 Millionen ermäßigt, da die Entschädigungsraten an den Verband von 291 auf 600 Millionen steigen. Die laufenden Personalausgaben beanspruchen 669,8 Millionen = 18 v. H., die Versorgungsgebühren einschließlich der Kriegsbeschädigtenrenten 1557,2 Millionen = 42 v. H., die sachlichen Verwaltungsausgaben 1512,8 Millionen = 40 v. H. der fortdauernden Ausgaben. Die Reichszuschüsse zu den Invalidenrenten erfordern 192,7 Millionen, die unterstützende Erwerbslosenfürsorge 40 Millionen, die produktive Erwerbslosenfürsorge 60 Millionen, die Heeresverwaltung 284,7 Millionen, die Marineverwaltung 92,1 Millionen.

Die Fürstenabfindung

Berlin, 13. Jan. Im Rechtsausschuß des Reichstags, der gegenwärtig über Anträge zur Fürstenabfindung verhandelt, berichtete ein Vertreter des Reichsinnenministeriums, der Anspruch des Großherzogs von Baden sei seinerzeit durch Zuweisung eines Kapitals von 8 Millionen Mark abgelöst worden, außerdem seien ihm bestimmte Gebäude, Grundstücke und Einrichtungen unter dem Vorbehalt überlassen worden, daß die Werte nach dem Erscheinen des Mannestamms im großherzoglichen Hause an den Staat zurückfallen. (Der Großherzog ist bekanntlich kinderlos.) Durch die Inflation haben sich die Verhältnisse des Hauses sehr verschlechtert, weshalb das Fürstentum im vorigen Jahr wegen einer entsprechenden Aufwertung vorstellig geworden sei. Die Verhandlungen darüber werden wahrscheinlich durch freiwillige gegenseitige Vereinbarung ihre Erledigung finden. Abg. Hampe teilte mit, daß auch das herzogliche Haus in Braunschweig, das zu den reichsten Fürstenhäusern zählte (Cumberland), durch die Inflation in sehr schlechte Vermögensverhältnisse geraten sei.



Aufnahme einer Amerikarekame, Herstellung einer Reliefkarte von Wildbad und Anderes das Nötige wahrgenommen.

Für die Parzellen Sprollenhäuser und Nonnenmisch wurde eine mechanische Feuerwehreinrichtung angeschafft, die Straßenbeleuchtung in Sprollenhäuser eingeführt, ein Beitrag von 500 M. zu einer Kapelle bewilligt und der Beitrag für die Kleintinderschule in Sprollenhäuser auf jährlich 1000 M. erhöht. — Die Kosten der Telefonstelle in Nonnenmisch wurden auf die Stadtkasse übernommen, die Wartgelder der Farrenhalter auf jährlich 500 M. und 250 M. erhöht. — Die Bemühungen für Herstellung eines neuen Friedhofs in Sprollenhäuser auf dem Areal der Staatsforstverwaltung führten bis jetzt leider zu keinem Erfolg. — Eine Neubeschotterung des Ortsweges in Sprollenhäuser ist für dieses Frühjahr bereits beschlossen und wird ausgeführt, sobald es die Witterung erlaubt.

Meine Herren! Sie sehen, daß das verflossene Jahr die Stadtverwaltung mit einer Fülle von Aufgaben und Auslagen bedacht hatte, die noch auf die Gestaltung des Haushaltsplanes des kommenden Rechnungsjahres einwirken werden. Sieht man hiegegen die jegige ungünstige wirtschaftliche Lage, das Darniederliegen der Industrie und aller Erwerbszweige, die ins Ungeheuerliche gewachsene steuerliche Belastung des ganzen Volkes und die Verarmung weiter Volksteile an, so ergibt sich für jede Verwaltung, vor allem für die Verwaltung einer Stadtgemeinde, die Mahnung zu ernstester Sparsamkeit und äußerster Zurückhaltung im Angreifen neuer Aufgaben. Alle nicht dringlich notwendigen Aufgaben, alle Unternehmungen, welche nicht lebensnotwendig sind, müssen zurückgestellt werden, bis wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind. Eine Ankündigung neuer Pläne und Projekte fürs neue Jahr verbietet sich daher von selbst.

An erster Stelle der Sorgen, die uns im neuen Jahr bedrücken, steht die Arbeitslosigkeit, die wir auf irgend eine Weise lindern müssen. Es kann aber nicht Sache der Gemeinde allein sein, diese Frage zu lösen. Reich und Land müssen hier ins Mittel treten und Arbeit schaffen oder durch leichtverzinsliche Darlehen den Gemeinden die Ausführung von Notstandsarbeiten ermöglichen. Wie Sie wissen, haben wir schon mehrere Notstandsarbeiten bereit gestellt und es besteht die Aussicht, daß uns ihre Zuan-

griffnahme schon in aller nächster Zeit durch Bewilligung eines Darlehens ermöglicht wird.

Eine weitere Sorge ist die hier noch immer vorhandene Wohnungsnot. Auch hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, um Abhilfe zu schaffen.

Der Werbetätigkeit für unser Bad müssen wir im Jahr trotz der Not der Zeit, oder gerade wegen ihr, bei dem sich immer mehr steigenden Wettbewerb unter den Bädern erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Für die Art der Werbung müssen neue Wege gefunden werden; dringend erwünscht wäre es, nachdem seit 1910 keine größeren staatlichen Badgebäude hier mehr erstellt wurden, daß der Staat das schon längst geplante Kurmittelhaus und ein Luft-, Licht- und Sonnenbad zur Ausführung bringt. Bäder, selbst Heilbäder von der Qualität unseres Wildbads brauchen eben, wenn sie nicht als veraltet gelten wollen, mindestens in jedem Jahrzehnt neue Impulse durch Schaffung neuer Annehmlichkeiten. Auch bei der jegigen allgemeinen Notlage darf der Staat solche Neubauten, die zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens nötig und im jegigen Augenblick für Erhaltung der Arbeitstätigkeit doppelt erwünscht sind, nicht ganz unterlassen.

Ueber dem Tor des neuen Jahres, in das wir jetzt eingetreten sind, stehen nach einem Ausspruch unseres Herrn Reichspräsidenten die Worte: „Sparsamkeit und Arbeit.“ Das muß im neuen Jahr auch für uns die Richtschnur sein.

Sparsamkeit und Arbeit sind allein die Mittel, die die Wirtschaft des Einzelnen sowohl, als auch die der Gemeinden der Länder und des Reichs wieder gesund machen können. Wird dies allgemein beachtet, so werden wir bald wieder erfreulichere Zeiten in unserem deutschen Vaterland haben und mit freierem Blick wieder in die Zukunft blicken können. Das walte Gott!

Man geht nun zur Wahl der Abteilungen und Kommissionen über. Der Vorsitzende verliest zuvor zur Orientierung der Neugewählten einige wichtige Paragraphen der Gemeindeordnung. Außerdem wurde jedem derselben ein Exemplar der Geschäftsordnung zugestellt. — Um beschlußfähig zu sein, ist stets die Anwesenheit von 9 Gemeinderatsmitgliedern notwendig.

In die Wohnungskommission, welche aus dem Vorsitzenden und 4 Mitgliedern zu bestehen hat und bis

31. 12. 28 zu amtierenden hat, werden gewählt die G. R. Karl Schmid, Huzel, Rath und Pfau. [Die seitherigen Gemeinderäte wollen offenbar den Neugewählten Gelegenheit geben, ihre Talente möglichst zu zeigen und zu entwickeln, was bei diesen mit gemischten Gefühlen acceptiert wird; zwei derselben weisen auf sonstige starke Inanspruchnahme bzw. häufige Ortsabwesenheit hin — vergebliche Liebesmühe!]

In die Waldkommission werden gewählt die G. R. Bollmer (trotz energischer Protestes; er bezeichnet die diesbezüglichen Zustände durchaus nicht als muster-gültig), Karl Schmid, Fritz Koch und Karl Pfau. Es kommen hiebei geteilte Ansichten über Rechte und Pflichten der Waldkommission einerseits und des städtischen Forstmeisters andererseits zur Sprache; die Aussprache hierüber, welche hiezu zu werden droht, wird jedoch als nicht zur Wahl gehörig auf eine spätere Sitzung verschoben.

In die Verwaltungskommission der Dekt.-Kommission werden an Stelle der ausgeschiedenen G. R. Bechtle und Schlüter die G. R. Bopp und Stephan gewählt.

In die Gerichtskommission kommen die G. R. Kappelmann und Bopp, als Stellvert. Kiefer u. Stephan; in die Steuerfachbehörde für den ausgeschiedenen G. R. Bechtle der G. R. Kiefer.

Die Baukommission, welche seither aus den G. R. Schill und Großmann bestand, wird nun auf 3 Jahre aus den G. R. Koch, Schill und Bollmer bestehen.

In den Gewerbeschulrat werden durch Zuruf gewählt: Oberlehrer Walz (als Vorsitzender), Schlossermeister Schwerdtle und die G. R. Pfau, Koch, Stephan und Schill.

Alter Sitte gemäß werden in der ersten Jahres Sitzung nur noch einige kleinere Gegenstände erledigt, um für ein gemächliches Begrüßungsschöpfchen noch etwas Zeit übrig zu haben; denn „der Mensch lebt nicht vom Brot allein, er muß auch Wi' ha!“ sagen die Schweizer Stadt- und Kantonsräte, und was sich die Schweizer leisten können, muß in bescheidenem Maße auch im Wildbad Wildbad möglich sein! Sonst ist's nicht mehr gemächlich und die Herren Stadtväter (Schreiner inbegriffen) verlieren am Ende noch ihren manchmal köstlichen schwäbisch-wildbadschen Humor. Und so weit darf's nicht kommen! — m

Stener-Eintrag für das Finanzamt Neuenbürg.

Der Eintrag der Umsatzsteuer- und Einkommensteuer-Borauszahlungen für das 4. Vierteljahr 1925 findet durch Herrn Steuersekretär a. D. Bader hier während der Zeit vom Dienstag, 12., bis Montag, 18. Januar 1926, je vorm. von 8—12 Uhr u. nachm. von 2—6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt.

Zahlungen, welche nach dem 18. Januar erfolgen, sind direkt an das Finanzamt Neuenbürg zu entrichten und es kommen in diesen Fällen die gesetzlichen Verzugszuschläge zur Anrechnung. Stadtschultheißenamt.

Von heute ab ist gutes **Rühfleisch** das Pfund zu 50 Pfg., zu haben bei **Obermeister Krauß u. L. Kappelmann**

Rühfleisch, 1. Qualität, Pfund 70 Pfg., zu haben bei **Eugen Pfau.**

Öffentlicher Vortrag

Am Freitag abend 8 Uhr, im Hotel zum „gold. Lamm“ Herr Dr. Bell spricht über

„Die Not der Deutschen in Südtirol“
Berein für das Deutschtum im Ausland

J. A.: Stadtschultheiß Baehner. Regierungsmedizinalrat Friß. Sämtliche politischen, Gesangs- und Sportvereine sind durch die Vorstände eingeladen. Eintritt frei!

Welcher Hotel- und Pensionsbesitzer würde einem tüchtigen **Sattler- und Tapeziermeister** Arbeit in Polster- u. Tapezierarbeiten für einige Wochen zukommen lassen. Mit oder ohne Zugabe von Material bei preiswerter Berechnung. Offerte ins Kontor des Blattes erbeten.



Fußball-Berein Wildbad.

Von der Wildbader Gruppe für die deutschen Auslandsschulen ist Einladung an den Verein ergangen, zu dem am Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr im „gold. Lamm“ stattfindend. Vortrag.

Französisch
übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Behülfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene **Le Traducteur**
Französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Probenummer kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Mein heute beginnender **Inventur - Ausverkauf** bietet Ihnen große Vorteile

Ich gewähre auf

Winter-Trikotagen 15 Prozent Rabatt
wie Herren - Unterhosen, -Hemden, Unterjacken, Frauenhemden, warme Untertaillen, Schlupf-u. Reformhosen

Biberbettücher 20 Prozent Rabatt

Unterrockbiber 20 Prozent Rabatt
Halbwollene Kleiderstoffe 20 Prozent Rabatt
Veloure - Strickwesten 20 Prozent Rabatt

Auf alle übrigen Artikel 10 Prozent Rabatt

Phil. Bosch Nachf. Inh.: Fritz Wiber
Wildbad

Sämtliche **Geschäfts- und Familien-Drucksachen** in jeder Ausführung fertigt schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt

Arterienverkalkung
schnellste Beseitigung durch unsere **Bulgarische Zwiebelkur**, einzigartig im Erfolg, geruch- und geschmacklos. Jeder Leidende muß sich kostenlos über diese natürlichste und billigste Kur unterrichten. (Monatskur nur Mk. 3.50)
Sanitas-Depot, Charlottenburg 5
Abteilung: A 470

PHANKO
Pfannkuch
Wir empfehlen **Limburger Stangen-Käse**, schöne reife Ware, 1/2 Pfund 15 Pfg.
Pfannkuch

Billige Schneeschuhe!
(komplett mit Bindung und Stöcke von Mark 17.— an)
Ski-Hölzer von Mk. 9.— an
Bindung von Mk. 4.50 an
Ski-Anzüge blau und Covercot, wasserdicht, von Mk. 35.— an
Ski-Stiefel nur gute Marken von Mk. 25.— an
Schneeschuhe werden gratis fertig montiert.
Wir verkaufen 100 Paar **Ski-Hölzer Marke „Schick“** 30 Prozent unter Preis.
Sämtl. Einzelteile vorrätig. **Billigste Preise.**
Telephonische Bestellungen werden sofort nach jeder Station ausgeführt.
Sporthaus SKUNTZE
Pforzheim
Telefon 3589, Kronenstr. 3